Landeshauptstadt Stuttgart Referat Recht/Sicherheit und Ordnung Gz: RSO

GRDrs 412/2011

Stuttgart, 22.06.2011

Aufbau und Führung einer Statistischen Gebäude- und Wohnungsdatei

Mitteilungsvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Kenntnisnahme	öffentlich	06.07.2011

Bericht:

1. Anlass und bisheriges Verfahren

Der Gebäude- und Wohnungsbestand der Landeshauptstadt Stuttgart kann derzeit vom Statistischen Amt nur bis zur Ebene der Stadtteile jährlich zum 31.12. fortgeschrieben werden. Datenbasis sind dabei die Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 und die Fortschreibung der Bautätigkeit im Rahmen des Hochbaustatistikgesetzes. Damit sind zum Gebäude- und Wohnungsbestand nur pauschale Aussagen möglich; es fehlt die Möglichkeit zu einer räumlich und fachlich differenzierter Beurteilung und fundierter Beantwortung politisch relevanter Fragen zur Wohnungsentwicklung und Wohnungsversorgung in der Landeshauptstadt.

Eine Gebäude- und Wohnungsdatei kann diesem Defizit abhelfen, indem sie kleinräumige Auswertungen des Gebäude- und Wohnungsbestandes bis auf die Adressebene ermöglicht sowie zuverlässige und differenziertere Angaben zur Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes bereit stellt und mit monatlicher Aktualität verfügbar macht.

Zudem ist die Gebäude- und Wohnungsdatei rechtliche Voraussetzung für die effektive und langfristige Verwendung der Daten aus der Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen des Zensus 2011, die der Landeshauptstadt gemäß Zensusgesetz aus Gründen des Datenschutzes nur zwei Jahre lang adressscharf für Auswertungen zur Verfügung stehen. Ohne eine Gebäude- und Wohnungsdatei können wesentliche Merkmale der Gebäude- und Wohnungszählung (Zensus 2011) nicht dauerhaft für Analysen genutzt werden.

Die rechtlichen Grundlagen für den Aufbau einer solchen Datenbank im Statistischen Amt sind in der Kommunalstatistiksatzung der Landeshauptstadt Stuttgart festgeschrieben. Das Statistische Amt besitzt eine abgeschottete kommunale Statistikstelle im Sinne des § 9 Abs. 1 Landesstatistikgesetzes, die Voraussetzung für das Führen dieser Datei ist.

2. Neues Verfahren/Aufbau einer Gebäude- und Wohnungsdatei

Das Statistische Amt beabsichtigt ein neues Verfahren einzuführen, das den Gebäude- und Wohnungsbestand mit dem Programm AGK (Adresszentraldatei, Gebäudedatei und Kleinräumige Gliederung) auf Adressebene bereitstellt. Die Daten werden dazu in einer Microsoft SQL-Datenbank gespeichert. Die Software wurde vom Verbund Kommunales Statistisches Informationssystem (KOSIS) im Verband Deutscher Städtestatistiker speziell für die Führung von kommunalen Gebäude- und Wohnungsdateien entwickelt. Eine Eigenentwicklung ist somit nicht notwendig.

Die Gebäude- und Wohnungsdaten sind in der Datenbank auf der Adressebene nach der kleinräumigen Gliederung des Stadtgebiets (Stadtbezirk, Stadtteil, Stadtviertel usw.) oder nach anderen Gebietsgliederungen (PLZ-Gebiete, Wahlbezirke, soziale Planungsräume, Stadterneuerungsvorranggebiete usw.) flexibel verfüg- und auswertbar.

3. Ziele und Vorteile einer Gebäude- und Wohnungsdatei

Aufgabe dieser Datenbank ist neben der Qualitätssicherung unterschiedlicher kommunalstatistischer Daten und Verfahren (z. B. Haushaltegenerierung) insbesondere die Fortschreibung des adressscharfen Gebäude- und Wohnungsbestandes. Damit unterstützt sie ein breites Spektrum kommunaler Aufgabenbereiche durch die Bereitstellung von Informationen und schafft die Voraussetzung für eine qualifizierte Wohnungsmarktbeobachtung (Wohnfläche, Zahl der Räume, Gebäudealter, Heizungsart, Emissionsdaten, Energieverbrauch, Wohnbauförderung, Wohnungsleerstand usw.).

Weitere Einsatzbereiche für die Daten aus der Gebäude- und Wohnungsdatei sind beispielsweise:

- Optimierung der Verfahren von Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungsbedarfsprognosen;
- Erweiterung der Datengrundlagen für Stadtentwicklung, Stadterneuerungs- und Sozialplanung:
- Unterstützung bei der Weiterentwicklung von Wohnbauförderungskonzepten;
- Aufbereitung von Daten zum energetischen Zustand des Gebäudebestands und zum Klimaschutz;
- Analysen zur Wohn- und Lebenssituation der Einwohner und zum demographischen Wandel (z. B. altersgerechtes Wohnungsangebot);
- Unterstützung bei der zielgruppengerichteten Stichprobenziehung (z. B. bei der Erstellung des qualifizierten Mietspiegels).

Nur auf der Basis einer Gebäude- und Wohnungsdatei lassen sich diese Fragestellungen, in Kombination mit der Einwohnerstatistik, beantworten.

Finanzielle Auswirkungen

Der einmalige Entwicklungskostenbeitrag für das Programm AGK (Adresszentraldatei, Gebäudedatei und Kleinräumige Gliederung) beträgt insgesamt 3300 Euro, als zusätzlicher jährlicher Beitrag fallen 495 Euro/Jahr an. Die Kosten für die Anschaffung der Datenbanksoftware (MS SQL 2008 R2) liegen bei ca. 2000 Euro. Um das System aufzubauen, in geeigneter Form zu führen und mit Analyseverfahren auszuwerten und somit den Mehrwert für die Landeshauptstadt zu nutzen, ist zusätzliche Personalkapazität von 0,5 Stellen (EG 10 TVöD) erforderlich. Als durchschnittlicher kostenwirksamer Aufwand werden hierfür 22 600 Euro/Jahr veranschlagt. Die Sachkosten sind im luK-Maßnahmenplan für den Haushalt 2012/13 gemeldet, die erforderliche Personalkapazität wurde im Rahmen des Stellenplanverfahrens 2012/13 beantragt.

Beteiligte Stellen

Die Referate AK und WFB haben Kenntnis genommen. Haushalts- und stellenrelevante Beschlüsse können erst im Rahmen der HH-Planberatungen erfolgen.

Dr. Martin Schairer Bürgermeister

zum Seitenanfang